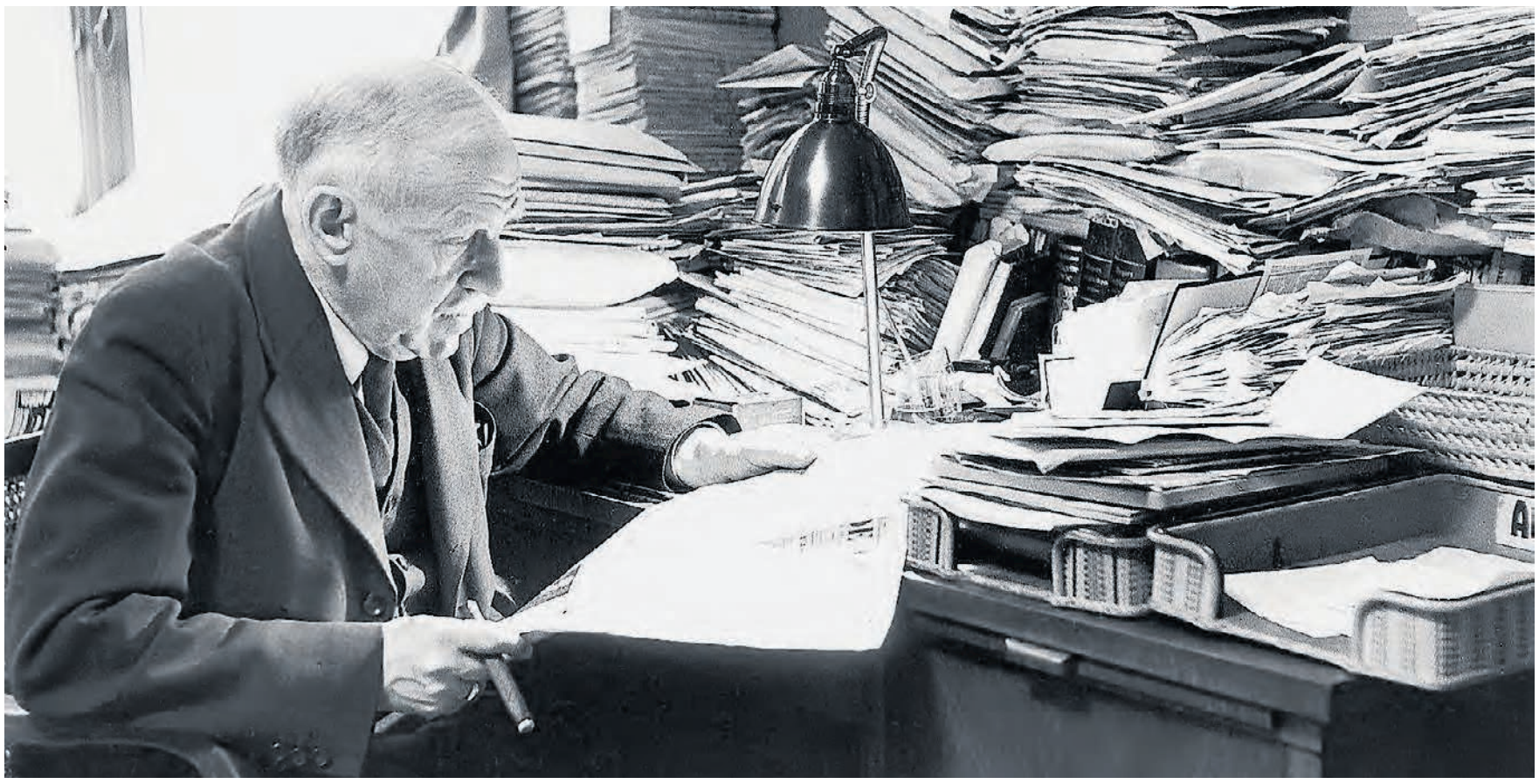
Sozialstaat und Rassismus, eine Symbiose?

Ansprüche führen zu Ausgrenzung – was wir heute noch von Albert Oeri lernen können

Von Peter Ruch



Albert Oeri (1875–1950). Grossrat, Nationalrat und Chefredaktor der «Basler Nachrichten». Foto Lothar Jeck

Albert Oeri (1875–1950) gehört zu den geistigen Vätern, auf die seine Heimatstadt Basel stolz sein kann. Er leitete in den «Basler Nachrichten» das Inland- und später das Auslandressort. Ab 1925 bis kurz vor seinem Tod war er Chefredaktor. Politisch engagierte sich Oeri als Grossrat und Nationalrat. Er wurde ab 1933 zu einer der wichtigsten Stimmen gegen den Nationalsozialismus, trat für die Aufnahme von Flüchtlingen sowie für die Presse- und Informationsfreiheit ein.

Vor 80 Jahren stellte Oeri in einer Rede fest, dass zwischen dem allgemeinen Stimmrecht und dem «Erwerbsgenius», also der Wirtschaftsfreiheit, Feindschaft entstanden war. In den meisten europäischen Köpfen waren zwar der wirtschaftliche und der politische Liberalismus identisch. Nur in der Schweiz unterschied man zwischen liberalen und demokratischen Parteien, und zwar zu Recht, denn «die Auswirkungen des Wirtschaftsliberalismus bedrohten die gleichen Menschen, die der politische Liberalismus mit dem allgemeinen Stimmrecht bewaffnet hatte (…) Die Idee des Liberalismus, dass dem Staat gegenüber der Wirtschaft keine Verantwortlichkeit zustehe, bedeutete nicht, dass es auf diesem Gebiet überhaupt keine Verantwortlichkeit gebe (…) Es hat Köpfe gegeben, die diese Verantwortlichkeit begriffen haben. Aber durchsetzen konnten sie sich nicht.» So haben dann Ende des 19. Jahrhunderts nicht die Fabriken, sondern die Staaten die Regeln für eine sozialverträgliche Industriegesellschaft gemacht.

Manipulationen mit Folgen

Die Sozialgesetzgebung lud den Druck von den Arbeitnehmern auf die Wirtschaft um. Diese machte den Staat dafür verantwortlich und setzte Schutzzölle gegen die ausländische Konkurrenz durch. Das verteuerte die Gesamtkosten und zog weitere Schutzzölle nach sich. An dieser Schraube drehte bald auch die Rüstungslobby. Kollektive Neidgefühle machten das Klima explosiv, und 1914 genügte der Funken von Sarajevo, um Europa in Brand zu stecken. Die gegenseitige Beanspruchung von Staat und Wirtschaft hatte den Ersten Weltkrieg ausgelöst.

Nach dem Krieg lebten die nationalen Ansprüche weiter, und Frankreich forderte von Deutschland masslose Reparationszahlungen. Staatliche Falschmünzerei grassierte, und Arbeitszeitverkürzungen wurden ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage durchgesetzt. Dank Rationalisierungen sanken die Preise rascher als die Löhne – zur Freude der Arbeitnehmer. Doch sobald die neuen Maschinen liefen, trieb man sie massenweise zu den Fabriken hinaus. Das Ende des Reparations- und Produktionsrausches hiess Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, nationalistische Fieberschübe und Krieg. Sie sind die natürlichen Nachkommen aus der Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft.

Aus Oeris Analyse lässt sich folgende These ableiten: Zwischen dem Sozialstaat und nationalistischen Eruptionen besteht ein Zusammenhang. Ob man die Menschen in guter oder böser Absicht an den vaterländischen Futtertrog bindet, ist zweifellos ein Unterschied der Gesinnung. Aber die Entwicklung läuft immer in die gleiche Richtung, und irgendwann halten die Mittel mit den Ansprüchen nicht mehr Schritt. Dadurch entsteht der Anreiz, Gruppen, denen man selber nicht angehört, auszugrenzen und zu enteignen.

> Erfahrungen eines blutigen Jahrhunderts werden ausgeblendet und Lernprozesse abgeblockt.

Eine eigene Betrachtung würde das schreckliche Schicksal der Juden verdienen. Als sie nach jahrhundertelangen Diskriminierungen endlich emanzipiert waren, ergänzten die Sozialrevolutionäre ihr Feindbild «Kapitalist» mit dem Feindbild «Jude». Seit Götz Aly wissen wir, dass die Umverteilung ein wichtiges Motiv des Holocaust war. Die Fixierung auf Nazi-Deutschland sollte nicht über den linken Antisemitismus hinwegtäuschen. Ein Beispiel ist der sowjetische Theatermann Solomon Michoels. Er unterstützte Stalin gegen Hitler und stand dem Jüdischen Antifaschistischen Komitee vor. Nach dem Krieg wurde Michoels in Minsk von der Moskauer Geheimpolizei ermordet. Die Geschichte der Sowjetunion ist auch eine Geschichte des Antisemitismus.

Fremdenfeindlichkeit und rassistische Tendenzen haften jedem kollektivistischen System an. Viele geistige Wegbereiter des Dritten Reiches, so etwa der Ökonom Werner Sombart, hatten ihre Wurzeln im Marxismus und ihr Feindbild in den Liberalen. Adolf Eichmann bekennt in seiner Biografie: «Meine gefühlsmässigen politischen Empfindungen lagen links.» In ihrem Buch über die nationalsozialistische Sozialpolitik legt Marie-Luise Recker dar, dass der «Generationenvertrag» mit Umlageverfahren eine Kreation des Dritten Reiches war, um die Arbeiterschaft stärker an den NS-Staat zu binden.

In Osteuropa stark verbreitet

Mixturen von Sozialstaat und Hass wie in den 1930er-Jahren sind heute Gott sei Dank nicht mehrheitsfähig. Doch weiterhin generiert jede überhöhte Staatsquote Ausgrenzungsbedarf. Kaum irgendwo präsentiert sich der Fremdenhass so ungeniert wie in den Ländern mit langer sozialistischer Prägung.

Im ehemaligen Ostblock sind Nationalitätenkonflikte, Rassismus und Antisemitismus weit verbreitet. 1998 setzte die russische Duma eine Duftmarke, indem sie sich weigerte, die parlamentarische Immunität des kommunistischen Abgeordneten Albert Makaschov aufzuheben, der ein «judenfreies Russland» gefordert hatte. Nur ein Viertel der Duma-Abgeordneten stimmte dafür, darunter ein einziger Kommunist.

Im Zentrum Athens wurde im März 2010 von griechischen Militärs der Spruch skandiert: «Als Grieche wird man geboren, doch du albanisches Schwein wirst nie ein Grieche sein.» Im überspannten Sozialstaat Griechenland feiert die Fremdenfeindlichkeit Urständ, seitdem der Kuchen kleiner wird. Im gleichen Geist postuliert der französische Front National eine sozialistische Umverteilung und flankiert sie mit fremdenfeindlichen Massnahmen. Vor einigen Jahren formulierte auch der Soziologe Karl Otto Hondrich bei einem SPD-Forum als national-soziales Notprogramm die Erhaltung des Sozialstaates, kein aussenpolitischer Interventionismus, keine Einwanderung. Die Frage «Wer gehört dazu?» sei virulent. Ähnliche Töne schlug Thilo Sarrazin an. Die Absicht, ihn aus der SPD auszuschliessen, wurde fallengelassen, als die Genossen merkten, dass Sarrazins Lehre durchaus sozialistisch ist: Offene Grenzen und Sozialstaat sind nicht kompatibel.

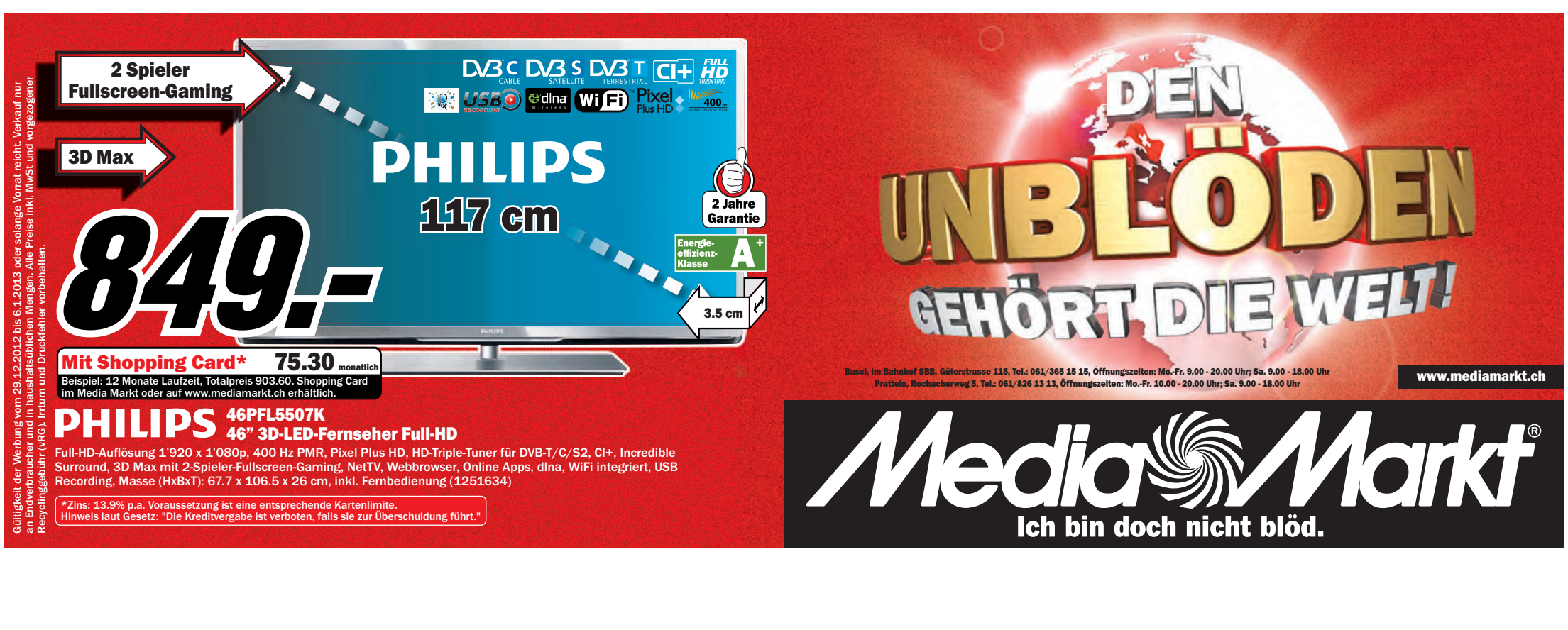
Die amerikanische Historikerin Claire Berlinski weist auf den Unterschied zwischen den Immigranten in den USA und solchen in Europa hin. Ein beredtes Beispiel sind Einwanderer aus Bangladesch. In Grossbritannien sind 38 Prozent von ihnen arbeitslos, in den USA weniger als zehn Prozent. Die Gründe dafür ortet Berlinski in der Sozialhilfe. Wer in die USA kommt, will Amerikaner werden, erbringt den Tatbeweis und empfängt keine Hilfe. Sozialhilfe verhindert Integration. Und gescheiterte Integration mündet in Fremdenhass.

Die von Oeri abgeleitete These scheint in einem bedenklichen Ausmass zuzutreffen: Offene Grenzen sind liberal, erfordern jedoch den Rückbau des Sozialstaates, um rassistische Wucherungen zu verhindern. Der Sozialstaat treibt die Ansprüche der Bürger in die Höhe, wird unbezahlbar und endet in Verteilkämpfen und Ausgrenzungen. Obwohl jedem freiheitlichen System wirtschaftlich und ethisch weit unterlegen, haftet dem Sozialstaat eine nahezu heilige Weihe an. Offensichtlich sind die Sozialisten in allen Parteien ihrem Atheismus nicht gewachsen und benötigen deshalb den Staat als Übervater.

Der Rückbau wird schmerzlich

So werden die Erfahrungen eines blutigen Jahrhunderts ausgeblendet und Lernprozesse abgeblockt. Die Diagramme zeigen, dass der Sozialstaat endlos eskaliert und daher scheitern muss. Er zerstört Freiheit und Frieden und endet in der Sackgasse. Hinzu kommt, dass die Umverteilung an die Nationalstaaten gebunden ist. Die Nationalstaaten sind jedoch für die Lösung der meisten heutigen Probleme ungeeignet und sollten durch endogene politische Einheiten ersetzt werden.

Staatliche Wohltätigkeit auf Pump hat keine Zukunft. Der Rückbau wird für alle, auch für die Wirtschaft, schmerzlich sein. «Sie darf nicht wieder ihre soziale Schuldigkeit gegenüber dem Arbeitnehmer einfach auf dem breiten Buckel des Staates abladen, sondern muss ihr selbst gerecht werden» (Oeri). Schmerzliche Korrekturen sind jedoch allemal friedfertiger als der unkontrollierte Zusammenbruch.

Peter Ruch ist evangelischer Pfarrer in Küssnacht am Rigi und Stiftungsrat des Liberalen Instituts.

ANZEIGE